

Als Senatorin für Finanzen hat man es, speziell in einem Land mit Haushaltsnotlage, annahmegemäß nicht immer leicht. Weser-Wirtschaft sprach mit der Bremer Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert über künftige Investitionen, ungeliebte Steuererhöhungen sowie die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bremen.

01/ Frau Finanzsenatorin, die Bremer Senatsressorts verlangen immer mehr finanzielle Mittel von Ihnen, Ihre Kollegen im Bund hingegen wollen, dass Sie immer weniger ausgeben ...

Natürlich wird in der Öffentlichkeit häufig geäußert, dass in Bremen Geld fehlt. In einigen Fällen stimme ich dem auch zu. Selbstverständlich werden seitens der Ressorts auch Wünsche geäußert, die nicht finanzierbar sind. Das was wirklich notwendig ist, wird finanziert. Im Senat herrscht große Einigkeit darüber, dass wir den Sanierungskurs einhalten wollen. Wir können nur das bezahlen, wofür wir auch das Geld haben.

02/ Angesichts des enormen Bremer Schuldenbergs und des immer größer werdenden Spardrucks: Haben Sie einen angenehmen Job?

Es ist für mich weniger ausschlaggebend, ob ich meine Position als angenehm empfinde oder nicht. Es gibt Tage, die mir besondere Freude bereiten, und solche, die mir schwerfallen. Was letztendlich zählt ist, dass ich eine Verantwortung dafür übernommen habe, das Notwendige zu tun. Und das ist in erster Linie, das Bremer Geld zusammenzuhalten, damit künftige Generationen noch Handlungsspielräume haben.

03/ Frau Linnert, für welche Finanzpolitik stehen Sie grundsätzlich?

Ich stehe für eine nachhaltige Finanzpolitik. Dabei hat die Sparpolitik, die wir betreiben müssen, sowohl ökologische als auch soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Wir versuchen gerecht zu sein, indem wir die Stärkeren mehr belasten. Dabei ist ein transparenter, verständlicher Haushalt wichtig – Finanzpolitik darf keine Geheimpolitik mehr sein, jeder soll mitdiskutieren können.

04/ Alles andere als geheim ist die Notlage des Bremer Haushalts. Wo liegen Ihrer Meinung nach die Gründe dafür?

Dieser Umstand hat sich über einen sehr langen Zeitraum entwickelt. Wichtig dabei ist zunächst, dass Bremen unverschuldet in diese Haushaltsnotlage geraten ist und einen rechtmäßigen Anspruch auf Hilfen hat – das hat 1992 das Bundesverfassungsgericht entschieden. Deutschlands Großstädte, weil diese unter einem besonderen Finanzdruck stehen. Das liegt zum einen daran, dass dort aufgrund der Armutslagen überdurchschnittlich viele Mittel für Sozialleistungen aufgewendet werden müssen. Bei uns kommt erschwerend hinzu, dass mit der Werftens-Krise zigtausende Arbeitsplätze verloren gegangen sind.

05/ Wäre in diesem Kontext ein Altschuldenschnitt für Bremen denkbar und gerechtfertigt?

Ja, natürlich! Eine die Stadtstaaten benachteiligende Finanzverteilung hat mit dazu geführt, dass Bremen so verschuldet ist. Bremen

IM GESPRÄCH MIT DER SENATORIN FÜR FINANZEN KAROLINE LINNERT

„Sparpolitik bedeutet nicht, überall das Licht auszumachen“

musste, um seine Aufgaben erfüllen zu können, Kredite aufnehmen. In Bayern wird gerne behauptet, wir Bremer seien besonders großzügig mit unserem Geld und leben über unsere Verhältnisse. Bei der Föderalismusreform-Kommission II wurde das Gegenteil bewiesen. Der Bericht stellte damals fest: Nur bei Zinsen und Investitionen gibt Bremen mehr aus als die Vergleichsländer – das Investitionsniveau haben wir gesenkt und die hohen Zinsausgaben verdeutlichen, wie dringend wir eine Altschuldenregelung brauchen. Von jedem eingenommenen Euro müssen wir 24 Cent für Zinsen ausgeben!

06/ Also führt an einer Altschuldenregelung kein Weg vorbei?

Wenn man uns nicht weiter ausdörren will, wäre eine entsprechende Regelung für die Altschulden unumgänglich. Angesichts der ständigen Angriffe auf den Länderfinanzausgleich möchte ich auf Bremens Wirtschaftskraft hinweisen: Bremen hat das zweitgrößte Bruttoinlandsprodukt bundesweit! Wir arbeiten auf einen Haushalt hin, der ohne die Schulden ausgeglichen wäre. Ohne Altschuldenregelung hat Bremen langfristig keine Chance, darin ist sich der gesamte Senat einig. Eine faire Lösung ist auch im Interesse der gesamten Bundesrepublik.

07/ In Ihrer Rede zum Haushalt 2012/2013 wiesen Sie entsprechend darauf hin, dass weitere Belastungen vor diesem Hintergrund nicht verkraftbar seien. Mit den Investitionen in den Offshore-Terminal Bremerhaven und

der kritischen Lage des Klinikverbundes Gesundheit Nord wird es aber definitiv weitere Belastungen geben. Wie können die kompensiert werden?

Ich bin mir des engen Investitionsrahmens für die nächsten Jahre sehr bewusst, Spielraum für Investitionen gibt es trotzdem. Der Offshore-Terminal ist ein gutes Beispiel – er wird ganz normal im zur Verfügung stehenden Haushaltsrahmen finanziert. Sparpolitik bedeutet ja per se nicht, überall das Licht auszumachen. Wir wollen den Offshore-Terminal – dafür müssen wir gegebenenfalls auf etwas anderes verzichten. Viel kniffliger ist es in der Tat mit Krankenhäusern des Verbundes Gesundheit Nord, aber auch dafür finden wir eine Lösung.

08/ Durch Bremens Beteiligung an den Unternehmen am Offshore-Terminal spekulieren Sie fest auf Gewinnabführungen von etwa 50 Millionen Euro. Was passiert, wenn sich diese – beispielsweise begründet durch eine schwächelnde Konjunktur – nicht realisieren lassen?

Risiken gibt es im Haushalt an jeder Stelle – und je weiter man in die Zukunft plant, desto größer werden sie. Die Annahmen, die wir im Hinblick auf den Offshore-Terminal getroffen haben, halten wir allerdings für sehr solide. Sollte sich der genannte Betrag aufgrund unvorhergesehener Ereignisse, wie z. B. einer Konjunkturschwäche, wider Erwarten doch nicht erreichen lassen, werden wir das an anderer Stelle kompensieren.

09/ Sie halten sich also auf jeden Fall an die Prämisse „Jetzt leben, jetzt zahlen“?

Richtig. Wir halten unseren Finanzrahmen ein. Wenn beispielsweise Mehrausgaben in der Sozialhilfe oder der Kinderbetreuung auftreten, muss das aus dem bestehenden Haushalt finanziert werden. Das wäre im Falle eines geringeren Gewinns am Offshore-Terminal nicht anders. Es wird keine höhere Kreditaufnahme geben.

10/ Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen und der angedrohten Dehoga-Klage: Wird Bremen weiterhin auf der Tourismusabgabe, der sogenannten City-Tax, bestehen?

Ja. Für 2012 wird die Steuer nicht erhoben und für 2013 ist eine rechts-gültige Regelung beschlossen. Die City-Tax gilt nur für Privatreisende. Ich gehe davon aus, dass Reisende weiter gern nach Bremen kommen. Wir haben schließlich viel zu bieten. In anderen Regionen ist so etwas gang und gäbe, denken Sie beispielsweise nur an die Kurtaxe an der Nordsee.

11/ Die Reaktionen auf die Steuer waren zum Teil überaus negativ.

Es ist verständlich, dass eine solche Steuer keine Begeisterungs-

stürme auslöst, die Kritik war allerdings völlig überzogen. Kinder und Jugendliche sind von der Abgabe nicht betroffen. Mit den Einnahmen von geschätzt 1,4 Millionen Euro pro Jahr sollen Kultureinrichtungen unterstützt werden. Von attraktiven Tourismus- und Kulturangeboten profitieren auch unsere Hotels und Gäste. Die City-Tax halte ich vor diesem Hintergrund für zumutbar.

12/ Ab 2014 soll in Bremen außerdem die Gewerbesteuer erhöht werden. Was versprechen Sie sich davon?

Vor allem zusätzliche Einnahmen. Die letzte Erhöhung liegt jetzt über acht Jahre zurück. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass eine Erhöhung des Hebesatzes absolut vertretbar ist – das haben auch die Zahlen aus internen Fallstudien ergeben. Nur ein Beispiel: Eine Kapitalgesellschaft, die 200.000 Euro Gewinn erzielt, wird nach der Erhöhung lediglich 1.400 Euro mehr abführen müssen.

13/ Dennoch missfällt der neue Hebesatz den Unternehmern – auch mit Blick auf das günstigere niedersächsische Umland. Wie überzeugen Sie Unternehmer von der Notwendigkeit der Steuererhöhung?

Wir investieren zum Beispiel in den OTB, in Gewerbegebiete und die Cherbourger Straße in Bremerhaven. Wir sind eine Großstadt und weisen analog zu dem höheren Hebesatz auch eine entsprechende Leistung vor. In anderen großen Städten und deren Umland – Hamburg, München etc. – gibt es ebenfalls ein Hebesatzgefälle. Wir bieten hier kurze Wege, eine gute Wirtschaftsförderung, Hochschulen und darüber hinaus Kulturangebote, vielfältige Sportmöglichkeiten sowie ein facettenreiches Bildungsangebot. Wenn ich mit Unternehmern spreche, sind diese Punkte auch entscheidende Faktoren bei einer Standortwahl. Der Gewerbesteuersatz ist nicht alles.

14/ Für 2014 ist außerdem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer vorgesehen. Warum setzen Sie sich dafür ein?

Durch die Vermögenssteuer soll ein Volumen von zehn Milliarden Euro eingenommen werden. Viele Wirtschaftstheoretiker behaupten, dass die Marktwirtschaft eine ihr inhärente Tendenz aufweist, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffen zu lassen – ich möchte beweisen, dass das nicht der Fall sein muss! Vielmehr kann sie ein stabilisierendes Moment der Gesellschaft sein. Die politische Herausforderung ist dann, sich dieser Ungleichverteilung zu stellen – die Vermögenssteuer ist dafür ein probates Instrument.

15/ Was entgegnen Sie Betroffenen, die einen Umzug in das günstigere Ausland erwägen?

Unter den OECD-Mitgliedern befindet sich Deutschland im unteren Drittel bei der Vermögensbesteuerung. Wer in einem so schönen, reichen, stabilen Land lebt, für den sollte es eine Ehre sein, dazu beizutragen, dass es auch so bleibt. Im Gegenzug garantieren wir, dass wir mit dem zur Verfügung gestellten Geld gewissenhaft umgehen.

Vita Karoline Linnert

Karoline Linnert wurde am 30. August 1958 geboren. Nach ihrer Ausbildung zur Röntgenassistentin absolvierte sie von 1981 bis 1988 ein Studium der Psychologie mit dem Abschluss Diplom-Psychologin an der Universität Bielefeld und der Universität Oldenburg. Anschließend war sie in Bremen als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Gesundheits- und Sozialpolitik bei der Bürgerschaftsfraktion der Grünen tätig.

Karoline Linnerts politische Laufbahn startete 1979 mit dem Eintritt in die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Sie war von 1991 bis 2007 Mitglied der Bremischen

Bürgerschaft und der Sozialdeputation. Von 2000 bis 2007 war sie außerdem Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion ihrer Partei. Seit dem 29.06.2007 ist die gebürtige Bielefelderin Bürgermeisterin und Senatorin für Finanzen, Stellvertreterin des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen sowie Senatskommissarin für den Datenschutz. Weitere Zuständigkeitsbereiche sind Immobilien (Gebäudemanagement und zentrale Beschaffung) sowie zentrale Personal- und IT-Angelegenheiten. Karoline Linnert ist verheiratet und hat zwei Kinder.